
Rahmenvereinbarung

zum Vergabeverfahren

**Lieferung von Spülspritzen vorgefüllt mit steriler physiologischer
NaCl Lösung 0,9%**

Projekt-Nummer EVL-0038-2026

Zwischen

dem **Einkaufsverbund bayerischer Universitätsapotheken (EBU)**, bestehend aus:

dem **Klinikum der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU Klinikum;**
federführender Auftraggeber)

- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Marchioninistraße 15, 81377 München
vertreten durch den Ärztlichen Direktor und den Kaufmännischen Direktor,

dem **Universitätsklinikum Würzburg** AöR, Apotheke, Innere Aumühlstr. 3, 97076
Würzburg,

dem **TUM Klinikum rechts der Isar**, Apotheke, Ismaninger Str. 22, 81675 München

und dem **Universitätsklinikum Erlangen**, Apotheke, Palmsanlage 3, 91054 Erlangen

(nachfolgend „Auftraggeber“ genannt)

und

dem **Bieter**, der für dieses Vergabeverfahren
den Zuschlag erhalten hat

(nachfolgend „Auftragnehmer“ genannt)

(nachfolgend gemeinsam „die Vertragspartner“ genannt)

Rahmenvereinbarung

Auf Basis des oben genannten Vergabeverfahrens kommt zwischen den Vertragsparteien mit Zuschlagserteilung nachfolgender Rahmenvertrag zustande.

Inhaltsverzeichnis:

1. Vertragsgegenstand, Bestellung der teilnehmenden Unikliniken auf Abruf, Schätzmengen und Höchstmengen
2. Rangordnung und Auslegungsregeln
3. Laufzeit der Rahmenvereinbarung und Kündigungsmöglichkeiten
4. Pflichten des Auftragnehmers
5. Informationspflichten, Umstellung des Produktportfolios und Produktneuerungen
6. Verpackung
7. Bestellturnus und Lieferort
8. Ausführungsfristen, Ersatzvornahme, Verzugsschaden und Vertragsstrafen
9. Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheitsstandards
10. Hausordnung
11. Preise
12. Reklamation und Umtauschmöglichkeit
13. Anspruch auf fachgerechte Betreuung
14. Zahlungsbedingungen (zu Ziffer 24 und 22 ZVB)
15. Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer
16. Abtretungen von Forderungen
17. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers
18. Einsatz von Drittunternehmen
19. Haftung
20. Salvatorische Klausel
21. Schlussbestimmungen

Rahmenvereinbarung

1. Vertragsgegenstand, Bestellung der teilnehmenden Unikliniken auf Abruf, Schätzmengen und Höchstmengen

- 1.1 Der Vertrag regelt die Beschaffung von Spülspritzen vorgefüllt mit steriler physiologischer NaCl Lösung 0,9%, zum Leistungsinhalt wird auf die Anlage „Leistungsverzeichnis“ verwiesen.
- 1.2 Der gegenständliche Vertrag ist als Rahmenvertrag ausgestaltet. Die Warenlieferung erfolgt jeweils auf Abruf (Bestellung).
- 1.3 Die Ausschreibung erfolgt federführend durch die Apotheke des LMU Klinikums als Auftraggeber.
- 1.4 An der Ausschreibung beteiligen sich, wie eingangs dargestellt, neben der Apotheke des LMU Klinikums die Apotheken folgender bayerischer Uniklinika: TUM Klinikums rechts der Isar, Universitätsklinikums Erlangen sowie Universitätsklinikums Würzburg, wobei das LMU Klinikum die Federführung der Ausschreibung übernimmt und seine Vergabeunterlagen Verwendung finden.
- 1.5 Jede der in Gliederungspunkt 1.4 genannten Apotheken der Unikliniken ist abrufberechtigt und kann somit Bestellungen tätigen. Jede Apotheke bestellt und bezahlt für sich, Lieferort ist jeweils der Ort der bestellenden Apotheke. Wie bei Rahmenverträgen üblich erfolgt mit dem Abruf bzw. mit der Bestellung der Vertragsschluss zwischen der jeweils bestellenden Uniklinik und dem Auftragnehmer. Jede Uniklinik kann nur für sich bestellen/abrufen und kann keinen Vertragsschluss für eine andere teilnehmende Uniklinik bewirken. Ebenso wenig kann der Auftragnehmer Lieferungen mit befreiender Wirkung an eine andere Uniklinik anstatt der bestellenden Uniklinik vornehmen.
- 1.6 Die im Leistungsverzeichnis jeweils aufgeführte Jahresdurchschnittsmenge darf in einem Zeitraum von 12 Monaten um maximal 60% Prozent überschritten werden (= „Höchstmenge“).
- 1.7 Der Vertragsgegenstand bestimmt sich nach der Leistungsbeschreibung und den sonstigen Vergabeunterlagen gemäß Angebot. Zusätzliche Leistungen werden nur dann vergütet, wenn eine Vergütung hierfür ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

2. Rangordnung und Auslegungsregeln

Maßgeblich für die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien sind die vertraglichen Regelungen. Bei Abweichungen oder Widersprüchen der Vertragsinhalte gilt folgende Prioritätensetzung:

- dieser Rahmenvertrag zusammen mit der Anlage „Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheitsstandards“, gegebenenfalls ergänzt um die allen Bietern veröffentlichte Klarstellung auf Bieterfragen
- das „Leistungsverzeichnis“, gegebenenfalls ergänzt um die allen Bietern veröffentlichte Klarstellung auf Bieterfragen
- die sonstigen veröffentlichten Vergabeunterlagen
- die „Zusätzlichen Vertragsbedingungen“ (ZVB)

Rahmenvereinbarung

- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)
- die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen (VO PR 30/53)
- das Angebot des bezuschlagten Auftragnehmers

3. Laufzeit der Rahmenvereinbarung und Kündigungsmöglichkeiten

3.1. Laufzeit der Rahmenvereinbarung

1) Beginn: 15.07.2026

Ende: 14.07.2028

Wird der Vertrag nicht wirksam bis zum 15.06.2026 geschlossen, verschiebt sich der vorgenannte Ausführungszeitraum um jeweils einen Monat pro angefangenen Monat verspäteten Vertragsschlusses. Die gesamte Dauer der Laufzeit bleibt davon unberührt.

- 2) Der Vertrag beinhaltet für den Auftraggeber die **zweimalige Option auf Vertragsverlängerung um ein weiteres Folgejahr** zu den Bedingungen dieses Vertrages. Der Auftraggeber kann sein Optionsrecht spätestens drei Monate vor Ablauf der unter Ziffer 3.1 Unterpunkt 1) genannten Laufzeit in Schriftform gegenüber dem Auftragnehmer ausüben.
- 3) Der Auftraggeber kann bis zum Ende der vorgenannten Laufzeit des Vertrages durch Abrufe Bestellungen auslösen. Der Auftragnehmer ist dadurch auch nach Ende der Vertragslaufzeit nach Ziffer 3.1 1) zur Dienstleistung innerhalb der Ausführungsfristen verpflichtet, längstens jedoch bis drei Monate nach Ende dieses Vertrages.

3.2. Während der Festlaufzeit ist eine **ordentliche Kündigung** ausgeschlossen, eine Ausnahme bildet lediglich der Zeitraum der ersten 6 Monate ab Beginn der Leistungserbringung: in diesem Zeitraum kann sich der Auftragnehmer beweisen, ob er seine Leistungspflichten, insbesondere die kontinuierliche, unterbrechungsfreie, verlässliche und termingetreue Belieferung, vertragsgemäß durchführt. Gelingt dies nicht zur Zufriedenstellung des Auftraggebers, hat der Auftraggeber die Möglichkeit, den Vertrag mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende ohne Angabe von Gründen zu kündigen.

3.3. Beide Parteien haben das Recht zur **außerordentlichen Kündigung** aus wichtigem Grund. Als wichtiger Grund gilt bzw. gelten insbesondere:

- 3.3.1 eine wesentliche Verletzung der Vertragspflichten im Sinne von § 314 Absatz 1 Satz 2 BGB
- 3.3.2 Eröffnung eines Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens oder Vergleichbarem über das Unternehmen des Auftragnehmers
- 3.3.3 Ungerechtfertigte Vorteilsgewährungen im weitesten Sinn: wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich,

Rahmenvereinbarung

die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

3.3.4 wenn auf Seiten des Auftragnehmers Umstände vorliegen, welche eine ordnungsgemäße Erfüllung des Vertrages offensichtlich unmöglich machen; dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die datenschutzrechtliche Freigabe durch den behördlichen Datenschutzbeauftragten bei Leistungsbeginn nicht erteilt wird

3.3.5 die wiederholte Nicht-Leistung des Auftragnehmers trotz Leistungspflicht in der vorgegebenen Zeit.

3.4. Die Kündigung des Vertrages bedarf der Schriftform.

4. Pflichten des Auftragnehmers

Die Pflichten des Auftraggebers ergeben sich aus dem „Leistungsverzeichnis“ sowie aus den nachfolgenden Bestimmungen dieses Vertrages.

5. Informationspflichten, Umstellung des Produktportfolios und Produktneuerungen

5.1. Der Auftragnehmer muss unaufgefordert und umgehend den Auftraggeber über Produktneuerungen informieren.

5.2. Sollten Artikel während der Laufzeit dieses Vertrages aus dem Lieferprogramm des Auftragnehmers genommen werden, so kann der Auftragnehmer diese nach Absprache mit dem Auftraggeber und dessen Zustimmung durch gleichwertige oder höherwertige Artikel ersetzen. Eine Preiserhöhung ist hierbei ausgeschlossen. Bei Bedarf hat der Auftraggeber das Recht, die Zustimmung von einer vorangegangenen Testung abhängig zu machen, wobei die Testartikel vom Auftragnehmer kostenlos zur Verfügung zu stellen sind.

5.3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich über alle wesentlichen Umstände schriftlich zu informieren, die zu einer vorübergehenden bzw. dauerhaften Gefährdung der vereinbarten Leistungserbringung zu führen drohen.

6. Verpackung

6.1. Die Verpackung muss den Anforderungen an eine umweltgerechte Verpackungs- und Produktpolitik mit Nachweisen bzgl. der Erfüllung der einschlägigen technischen Normen entsprechen.

6.2. Sekundär-Verpackungen sind auf das unbedingt Nötigste zu beschränken. Sie müssen den jeweiligen rechtlichen Vorschriften entsprechen und die Produkte entsprechend aller Vorgaben und Anforderungen schützen. Sie sollen wieder verwertbar oder stofflich verwertbar sein.

Rahmenvereinbarung

- 6.3. Dem Auftragnehmer obliegt die Einhaltung aller gesetzlicher Vorgaben und Übernahme der dadurch entstehenden Kosten die Verpackung betreffend, insbesondere die Erfüllung von Registrierungs- und Entsorgungspflichten.

7. Bestellturnus und Lieferort

Die Abrufe/Bestellungen erfolgen je nach Lagerhaltungsmöglichkeit der Universitätsklinik-Apotheken etwa alle 10 bis 14 Tage. Die Anlieferung hat binnen drei Werktagen nach dem Bestelltag an die jeweils bestellenden Apotheke frei Verwendungsstelle an folgende Adresse zu erfolgen:

Bei Abrufen durch die Apotheke des LMU Klinikums an folgende Adresse:

LMU Klinikum
Apotheke
Marchioninistr. 15
81377 München
MO bis FR 8:00 bis 15:30 Uhr

Bei Abrufen durch die Apotheke des TUM Klinikums rechts der Isar an folgende Adresse:

TUM Klinikum
Rechts der Isar
Apotheke
Trogerstraße 28
81675 München

Bei Abrufen durch die Apotheke des Universitätsklinikums Erlangen an folgende Adresse:

Apotheke des Universitätsklinikums Erlangen
Palmsanlage 3
91054 Erlangen

Bei Abrufen durch die Apotheke des Universitätsklinikums Würzburg an folgende Adresse:

Zentrum Operative Medizin (ZOM)
Warenannahme/Infusionslager
Oberdürrbacher Strasse 6
97080 Würzburg

Jeder Vorgang enthält einen eigenen Lieferschein mit der Angabe der Bestellnummer und der aufgelisteten Artikel incl. Mengenangaben in 2-facher Ausfertigung.

Rahmenvereinbarung

8. Ausführungsfristen, Ersatzvornahme, Verzugsschaden und Vertragsstrafen

- 8.1. Es gelten die Ausführungsfristen des Leistungsverzeichnisses. Soweit nicht anders vereinbart, sind Termine verbindlich einzuhalten. Bei Verzögerungen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, verschieben sich die von der Verzögerung betroffene Termine und Fristen angemessen; die gesetzlichen Ansprüche der Parteien bleiben hiervon unberührt. Auf den Gliederungspunkt 5 „Informationspflichten, Umstellung des Produktportfolios und Produktneuerungen“ insbesondere bei Lieferverzögerungen wird hingewiesen.
- 8.2. Kommt der Auftragnehmer seinen vertraglichen Pflichten nicht zu dem vereinbarten Termin, nicht in dem vereinbarten Umfang oder nicht in der vereinbarten Qualität nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, nach Ablauf einer angemessenen Frist nach **Abmahnung** auf Kosten des Auftragnehmers die nicht ordnungsgemäß erbrachten Lieferung vornehmen zu lassen (**Ersatzvornahme**). Das Gleiche gilt, wenn der Auftragnehmer seine Pflichten nur teilweise oder fehlerhaft ausführt. Der Anspruch des Auftraggebers auf Vertragserfüllung wird durch die Ersatzvornahme nicht berührt.
- 8.3. Der Auftraggeber kann im Fall des Verzugs den **Verzugsschaden** verlangen. Ferner kann der Auftraggeber vom jeweiligen Rahmenvertrag zurücktreten und Schadensersatz verlangen, wenn er dem Auftragnehmer erfolglos eine angemessene Frist zur entsprechenden Lieferung bzw. Leistung gesetzt hat. Anstelle des Schadensersatzes statt der Leistung kann der Auftraggeber Ersatz vergeblicher Aufwendungen im Sinne von § 284 BGB verlangen. Die Fristsetzung ist in den gesetzlich genannten Fällen gem. §§ 281 Abs. 2, 323 Abs. 2 BGB entbehrlich.
- Dem Auftraggeber bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass kein oder ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.
- 8.4. **Gerät der Auftragnehmer** mit der Erfüllung seiner Pflicht zur Planung und Umsetzung der Lieferung gemäß des Leistungsverzeichnisses **in Verzug, so hat er für jede vollendete Woche des Verzuges 0,5 Prozent der Netto-Auftragssumme des betreffenden abgerufenen nicht rechtzeitig bearbeiteten Auftrages an den Auftraggeber zu bezahlen, höchstens jedoch 5 % der jeweiligen Netto-Auftragssumme des betreffenden abgerufenen Auftrages**. Im Übrigen gelten die Vorschriften des § 11 VOL/B.

9. Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheitsstandards

Es gelten die Bestimmungen der Anlage „Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheitsstandards“.

10. Hausordnung

Bei Betreten der Räumlichkeiten des Auftraggebers gilt dessen „Hausordnung“ (siehe Anlage).

11. Preise

- 11.1. Die vereinbarten **Preise sind Festpreise für den Auftragszeitraum, in denen alle Nebenkosten wie Versand- und Transportkosten, Fahrt- und Reisekosten, Spesen, Porto etc. enthalten sind**.

Rahmenvereinbarung

Sonderregelung: entgegen der allgemeinen Regelungen in § 24.1 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB) findet in dieser speziellen Rahmenvereinbarung kein Skontoabzug durch die Auftraggeber statt. Alle Kosten, die zu den vorgenannten Leistungen zählen, sind mit einzukalkulieren.

11.2. Die Preise sind pro Stück und in EURO ohne Umsatzsteuer anzugeben und decken alle Kosten und Aufwendungen ab, die zur Erbringung der beschriebenen Leistungen erforderlich sind.

11.3. Die Bezahlung des Auftragnehmers erfolgt anhand nachvollziehbarer Rechnungen auf Basis detaillierter Rechnungs- und Leistungsbelegausganglisten.

12. Reklamation und Umtauschmöglichkeit

12.1. Reklamationen müssen innerhalb 24 Stunden nach Eingang aufgenommen und innerhalb von 5 Werktagen behoben werden.

12.2. Der Umtausch von verkaufsfähigen Waren muss innerhalb von 4 Wochen nach Lieferung durch kostenfreie Abholung bei der Anlieferadresse erfolgen.

13. Anspruch auf fachgerechte Betreuung

13.1. Der Auftragnehmer entsendet auf Anforderung jedes einzelnen Auftraggebers regelmäßig denselben Außendienstmitarbeiter bzw. seinen ständigen Vertreter zum Auftraggeber, so dass eine ordentliche Geschäftsbeziehung sowie ein Vertrauensverhältnis entstehen und die Abläufe optimiert werden können. Darüber hinaus ist ein zentraler Ansprechpartner und dessen Vertreter im Innendienst mit direkter telefonischer Durchwahl zu benennen. Die fachgerechte Betreuung durch Außendienst und Innendienst findet in deutscher Sprache statt. Die Kontaktdaten von Außendienst und Innendienst sind idealerweise dem Angebot beizufügen, spätestens jedoch unverzüglich nach Eingang des Zuschlagsschreibens beim Auftragnehmer.

13.2. Der Auftraggeber hat das Recht, 6 Monate nach Vertragsbeginn eine Beurteilung der Geschäftsbeziehung und der Geschäftsabläufe vorzunehmen, die hauptsächlich an dem Vertrauensverhältnis zum Außendienstmitarbeiter des Auftragnehmers gemessen werden wird.

Insbesondere wird bei der Beurteilung Wert gelegt auf:

- a) Verständnis der Wünsche des Auftraggebers und deren möglichst exakte Umsetzung
- b) Beratung des Auftraggebers gerade mit Blick auf Umstände, die seine konkreten Wünsche unmöglich machen oder einschränken
- c) bestmögliche Erreichbarkeit

13.3. Fällt die Beurteilung der Geschäftsbeziehung nach 6 Monaten nicht zur Zufriedenheit des Auftraggebers aus und kann er dies gegenüber dem Auftragnehmer begründen, z.B. unter Heranziehung der in diesem Abschnitt genannten Aspekte, hat er das Recht, den kurzfristigen

Rahmenvereinbarung

Austausch des Außendienstmitarbeiters, der für ihn eingesetzt ist, zu fordern. Ob hierfür der Stellvertreter in Betracht kommt, unterliegt einer entsprechenden Beurteilung, die ebenfalls der Auftraggeber vorzunehmen hat.

14. Zahlungsbedingungen (zu Ziffer 24 und 22 ZVB)

Vorauszahlungen werden nicht geleistet. Skontoabzug ist entgegen § 24.1 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB) nicht gestattet.

15. Rechnungsstellung durch den Auftragnehmer

15.1. Bei der Rechnungsstellung sind die Anforderungen an eine ordnungsgemäße Rechnungsstellung einzuhalten. Rechnungen müssen transparent und nachvollziehbar die einzelnen Rechnungsposten enthalten.

15.2. Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) auszustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.

15.3. Rechnungen müssen insbesondere die im Auftrag angegebenen vollständigen Auftragsdaten enthalten:

- a) Bestellnummer und Datum
- b) genaue Bezeichnung des / der Empfänger(s) / Verwendungsstelle / Lieferadresse
- c) Lieferschein-Nummer
- d) Artikelnummer

15.4. Beim Überschreiten von Vertrags-/Lieferfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.

15.5. Rechnungen sind unter der vom Auftraggeber an dem Auftragnehmer mitgeteilten Vorgangsnummer als PDF elektronisch zu richten an die jeweils bestellende Uniklinik.

- a) Bei Abrufen durch die Apotheke des LMU Klinikums an folgende Adresse:

fina.gb1000@med.uni-muenchen.de

LMU Klinikum
Abteilung für Finanzen
Elisabeth-Winterhalter-Weg 17
81377 München

Rahmenvereinbarung

- b) Bei Abrufen durch die Apotheke des TUM Klinikums rechts der Isar an folgende Adresse:

apo-re@mri.tum.de

TUM Klinikum
Rechts der Isar
Apotheke
Ismaninger Str. 22
81675 München

- c) Bei Abrufen durch die Apotheke des Universitätsklinikums Erlangen an folgende Adresse:

rechnung.fc@uk-erlangen.de

Universitätsklinikum Erlangen AöR
Apotheke
Postfach 2306
91012 Erlangen

- d) Bei Abrufen durch die Apotheke des Universitätsklinikums Würzburg an folgende Adresse:

Rechnungen.Apotheke@ukw.de

Universitätsklinikum Würzburg
Apotheke
Innere Aumühlstr. 3
97076 Würzburg

16. Abtretungen von Forderungen

Die Abtretung einer Forderung gegen das LMU Klinikum ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers rechtswirksam.

17. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

Kann der Auftragnehmer seiner Leistungspflicht nicht nachkommen, weil der Auftraggeber seinen Mitwirkungspflichten nicht nachkommt, so muss der Auftragnehmer die konkret zu benennende Mitwirkungspflicht des Auftraggebers unverzüglich mittels einer **Behinderungsanzeige** einfordern. Diese ist in Textform, wobei E-Mail ausreichend ist, bei der jeweils betroffenen Uniklinik einzureichen.

Hier die Kontaktdaten der Unikliniken:

LMU Klinikum

Apotheke, Leitung pharm. Logistik Frau Baier, Herr Hornacek Tel. 089 4400 73601, E-Mail: pharmlog@med.uni-muenchen.de einzureichen.

Rahmenvereinbarung

TUM Klinikums rechts der Isar

Apotheke, Herr Dr. Helmut Renz, Tel. 089-4140-2215, E-Mail: helmut.renz@mri.tum.de

Universitätsklinikums Erlangen

Apotheke, Herr Prof. Dr. Frank Dörje, Tel.: +49-(0)9131-85-33592, E-Mail: ap-leitung@uk-erlangen.de

Universitätsklinikums Würzburg

Apotheke, Frau Dr. Mareike Kunkel, Tel. 0931 201 53900, E-Mail: kunkel_m1@ukw.de

18. Einsatz von Drittunternehmen

- 18.1. Beabsichtigt der Auftragnehmer zur Erbringung der Leistung den Einsatz eines Drittunternehmens bzw. Nachunternehmers, so hat er dies im Angebot zur Kenntnis zu bringen (Anlage „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ (zwingend dem Angebot beizufügen) und Anlage „Ausführende Unternehmen“ (nur auszufüllen und dem Angebot beizufügen, wenn einschlägig)).
- 18.2. Die Beauftragung weiterer und/oder anderer Subunternehmern bedarf in jedem Fall der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- 18.3. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass sämtliche Anforderungen dieses Vertrags, die auf den vom Subunternehmer auszuführenden Teil der Leistung Anwendung finden, Bestandteile des Vertrages werden, den der Auftragnehmer mit dem jeweiligen Subunternehmer abschließt. Auf Anforderung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber geeignete Nachweise über die Einhaltung der Vorschriften dieses Vertrages unverzüglich vorzulegen. Der Einsatz von Subunternehmern entbindet den Auftragnehmer nicht von der eigenen Verantwortung für die Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag.

19. Haftung

- 19.1. Die Bestimmungen dieser Ziffer gelten für alle Schadensersatzansprüche, gleich aus welchem Rechtsgrund, soweit sie nicht an anderer Stelle im Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen sind.
- 19.2. Die Parteien haften nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, soweit sich aus den nachfolgenden Regelungen nichts anderes ergibt.
- 19.3. Der Auftragnehmer haftet für alle dem Auftraggeber oder Dritten im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vertrages durch den Auftragnehmer und/oder dessen Botendienst entstehenden Schäden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.
- 19.4. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Einschränkungen des Haftungsumfanges dem Grunde und der Höhe nach, welche die Haftung zum Nachteil des Auftraggebers gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen beschränken, werden nicht Bestandteil des Vertrages.
- 19.5. Der Auftragnehmer schließt spätestens mit Abschluss des Vertrages bei einem in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Versicherer eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in ausreichender Höhe ab, mindestens jedoch in Höhe von 9 Mio. € pro Personenschaden bzw. Sachschaden. Der Auftragnehmer weist dies durch Übersendung einer Kopie der Versicherungspolice nach. (siehe Anlage „Eigenerklärungen Unternehmen“).

Rahmenvereinbarung

20. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Rahmenvertrages oder der unter diesem Rahmenvertrag getroffenen Vereinbarungen unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Rahmenvertrages sowie der unter diesem Rahmenvertrag getroffenen Vereinbarungen hiervon nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung tritt eine Regelung, die der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung so nahe wie möglich kommt. Gleiches gilt für den Fall, dass die Parteien nachträglich feststellen, dass der Rahmenvertrag oder eine unter diesem Rahmenvertrag getroffene Vereinbarung lückenhaft ist.

21. Schlussbestimmungen

- 21.1. Abweichende Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen eines Bieters, sowohl als Allgemeine Geschäftsbedingungen, als auch in Form einzelfallbezogener Vertragsbedingungen, werden nicht Vertragsbestandteil.

Generell finden Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers auf diese Ausschreibung keine Anwendung.

- 21.2. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen worden. Jegliche Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedingen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Abänderung dieser Schriftformklausel.
- 21.3. Der Vertrag wird auf Basis der VOL/B und des BGB geschlossen. Dieser Vertrag unterliegt ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das UN-Übereinkommen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG) ist ausgeschlossen.
- 21.4. Gerichtsstand und Erfüllungsort für beide Teile ist München.